

Aktionsformen und Bündnisprobleme

Jörg Huffschmid

Als ersten Beitrag zur notwendigen Diskussion über die Strategie der Opposition dokumentieren wir aus einem Referat vor dem Republikanischen Club Berlin

I.

Die Frage nach der Strategie einer antikapitalistischen Bewegung ist die Frage nach der Art und Weise, wie in der gegenwärtigen Periode der spätkapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft mit allen ihren politischen Stabilisatoren und Schutzmaßnahmen, eine Massenbasis geschaffen werden kann, die eine Gegenmacht gegen die konzentrierte Macht der ökonomisch und politisch Herrschenden darstellt und es verhindert, daß diese die entwickelten politischen Instrumente zur Stabilisierung und zur Verteidigung ihrer antidemokratischen Herrschaftsposition wirksam anwenden können. Die Frage nach der Herstellung einer solchen Massenbasis stellt sich – glaube ich – auf zweierlei Weise; mit beiden Problemkomplexen haben wir im Laufe der letzten Jahre gewisse Erfahrungen gemacht:

Wir müssen uns einerseits fragen, welche Formen unserer politischen Praxis dazu geeignet sind, eine derartige Mobilisierung zu bewirken, das heißt auch, wie konkret, eine solche Mobilisierung aussehen kann.

Wir müssen uns weiter fragen, welche Organisationsformen die geeigneten sind, die mobilisierenden Gruppen und die mobilisierten Gruppen zusammenzuhalten und zu verhindern, daß ein verstärktes Zuschlagen der reaktionären und konterrevolutionären Kräfte das einmal gewonnene Terrain wieder zurückerobert oder nach der Strategie der „verbrannten Erde“ vernichtet.

Diese Fragen sind nun nicht allein unsere Probleme, es sind die Probleme in England, in Italien, in Frankreich, ja man kann sagen, in allen westeuropäischen Industriegesellschaften. Denn in diesen Ländern haben sich in den letzten zwei, drei Jahren Erscheinungen gezeigt, die den Charakter einfacher Unruhen weit überschritten und auf eine grundsätzliche theoretische und praktische Kritik an den bestehenden ökonomischen und politischen Herrschaftsformen hinauslaufen, ohne, sich jedoch in die Organisationsformen und Agitationsmuster der traditionellen Arbeiterorganisationen integrieren zu lassen, ja teilweise geradezu in Frontstellung zu diesen. Diese neue radikaldemokratische und

sozialistische Bewegung steht in einem internationalen Kontext der politischen Stabilisierung und schleichenden Faschisierung der entwickelten Industriegesellschaften, einer Faschisierung, deren vorerst letztes Symptom bei uns der Plan zur Einführung einer Vorbeugehaft ist. Und in diesem Kontext hat die linke Bewegung überall neue Formen unmittelbarer Aktionen und Agitationen entwickelt, deren Möglichkeiten und Grenzen es genau zu kalkulieren gilt, wenn eine konsistente Strategie der APO formuliert werden soll. Und ich meine, gerade die Ereignisse vom Mai letzten Jahres haben uns im Hinblick auf diese zu konzipierende Strategie einige Erfahrungen gebracht, aus denen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Westeuropa Lehren gezogen werden müssen. Es handelt sich, glaube ich, vor allem um drei Erfahrungen.

Es sind 1. die Erfahrungen, daß eine unmittelbare Mobilisierung von Massen auch in relativ stabilisierten spätkapitalistischen Industriegesellschaften möglich gewesen ist und zwar eine Mobilisierung, die sich nicht an die traditionellen Formen der Parteiorganisation und Parteiagitation hielt, sondern sich direkter und spontaner Agitation und der Aktionen bedient hat. Es sind 2. die Erfahrungen, daß die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, also konkret die KPF und die CGT, nicht in der Lage oder nicht bereit waren, diese Mobilisierung aktiv voranzutreiben und ihre revolutionären Elemente aufzugreifen, sondern im Gegenteil objektiv bremsend gewirkt und die tendenziellen systemzerstörenden Forderungen der Arbeiter teilweise in offenem Widerspruch zu diesen abgefangen und in systemtragbare sozialpolitische umgemünzt haben. Und es sind 3. die Erfahrungen, daß die spontane Massenmobilisierung auf der anderen Seite nicht in der Lage gewesen ist, die vorhandenen revolutionären Möglichkeiten zu organisieren und zu einer kontinuierlichen Form von Gegenmacht und Gegengewalt zusammenzubringen, d. h. umgekehrt, daß, wenn spontane und direkte Massenaktionen weitergeführt und gesellschaftspolitisch auf die Dauer relevant sein werden, eine organisatorische Form gefunden werden muß, in der die Perspektive solcher Aktionen diskutiert wird, in der die Informationen der einzelnen Gruppen koordiniert werden und in denen die Kooperation dieser Gruppen vorbereitet wird, ohne daß sich solche Organisationen gegenüber den einzelnen Gruppen verselbständigen.

Wir dürfen diese drei Erfahrungen oder Gruppen von Erfahrungen gewiß nicht unmodifiziert auf unsere eigene Situation übertragen. Wir müssen uns aber sehr wohl klar darüber sein, daß dies die Punkte sind, die für die Erfolgchancen der neuen sozialistischen Bewegung langfristig von zentraler Bedeutung sind und über ihre Zukunft entscheiden. Darum müssen wir die drei Strategieelemente der Mobilisierungsformen, der Bündnispolitik und der Organisationsformen, deren Zusammenhang ja ohne weiteres

einsichtig ist, genau analysieren, wenn wir zur Formulierung eines strategischen Konzeptes kommen wollen, in dessen Kontext dann auch einzelne Aktionen oder einzelne Erklärungen beurteilt werden müssen.

II.

Zu der ersten Frage der Mobilisierung meine ich, daß linke Bewegung in der Bundesrepublik gemäß ihrer Entstehungsform ihre ersten Erfahrungen und Lehren aus der Universität und in der Strategie der Universitätsrevolte gewonnen hat. Diesen Erfahrungen besagen im wesentlichen, daß lange Jahre durch die gewählten Studentenvertreter versucht worden ist, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten im der gegebenen Handlungsspielräume die Universität zu demokratisieren, zu reformieren, daß sich aber so lange nichts in dieser Richtung getan hat, daß die Bemühungen auch solange nicht auf sonderliches Echo bei den Betroffenen, nämlich bei den Studenten selbst, gestoßen sind, wie sie nicht unmittelbar auf ihre eigene Situation hin angesprochen wurden. Als dies aber geschah, als die Agitation am eigenen Arbeitsplatz einsetzte, als Demokratisierung nicht als abstrakte Norm, sondern als konkretes Bedürfnis und konkreter Anspruch des Einzelnen vermittelt wurde, für den man sich persönlich praktisch einzusetzen habe, da war es auch möglich, die Studenten massenhaft zu mobilisieren, und als die ersten Disziplinierungsmaßnahmen der Verwaltung kamen, verstärkte sich diese Mobilisierung derartig, daß die Verwaltung bereits zurückstecken mußte.

Inzwischen ist die Bewegung an der Universität weitergegangen und die, die sie tragen, haben dazu gelernt. Sie haben vor allem gelernt, daß eine Reform der Universität sich nicht darauf beschränken kann, hier in einer autoritären Leistungsgesellschaft partiell an privilegierten Stellen für privilegierte Mitglieder der Gesellschaft demokratische Gerüste zu etablieren. Sie wissen, welche Rolle die Universitäten im Klassenkampf spielen, sie wissen, daß sie Stellen sind, die zur Erhaltung der bestehenden sozio-ökonomischen Machtverhältnisse dienen und daß sie diese Funktion nicht aus ihrer autoritären Struktur heraus, sondern aus den Inhalten und der Anwendung dessen, was gelehrt wird, aus den Inhalten und der Anwendung der Wissenschaft selbst, beziehen. Sie wissen, daß das, was sie an der Universität bisher noch in vergleichsweise großer Freiheit lernen, wenn sie einmal die Universität verlassen, von denen die über die Arbeitsplätze verfügen, angewendet wird, um die Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren und sie haben daraus den Schluß gezogen, daß es notwendig ist, ihr Wissen schon auf der Universität in den Dienst der Umstürzung dieser Herrschaftsverhältnisse zu stellen.

Aus dieser Einsicht aber folgt die zweite, daß die Studenten schon während ihres Studiums

die Verbindung mit denen suchen müssen, mit denen sie später im Beruf zusammenarbeiten werden. Dies aber ist eine Einsicht, die sich zwar noch abstrakt aussprechen, aber nur noch in konkreter fachspezifischer Einzelarbeit dem einzelnen vermitteln und realisieren läßt. Die Mobilisationsform an der Universität ist daher aber auch nicht mehr vorwiegend die Massenmobilisierung, sondern die permanente Fachkritik in den Fachschaften, in den Vorlesungen, Übungen und Seminaren der einzelnen Fakultäten, wo auf die reaktionäre Funktion der jeweiligen Wissenschaft durch ihren Mißbrauch in der gegenwärtigen Gesellschaft hingewiesen wird. Wo solche Basis-mobilisierung, die nicht mehr in Massenveranstaltungen, sondern in ad-hoc-Gruppen vor sich geht und daher nicht den ständigen Druck mobilisierter Massen hinter sich hat, durch Professoren gehindert wird, kommt es dann zu Störungen des normalen Lehrbetriebs, zu Besetzung und Aussperrung, also zu Aktionen, die von der Gegenseite als Gewalt und Terror gebrandmarkt werden. Ich meine aber, daß diese Aktionen deshalb unsere volle Unterstützung verdienen, weil hier Gruppen mit der theoretischen Forderung nach Umstrukturierung der Universität und praktischer Arbeit für die Demokratisierung der Gesellschaft praktisch ernst machen, indem sie bestimmte Bereiche der Gewalt des herrschenden Systems entziehen und den demokratisch-sozialistischen Kräften zur Verfügung stellen.

Ähnliches gilt nun auch mit den Erfahrungen mit den Aktionen außerhalb der Universität. Mit massenhafter Agitation und spontanen Aktionen zu Ostern 1968 ist es uns gelungen, große Massen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Ist nun verschiedentlich die Meinung geäußert worden, die Tatsache, daß seit dem 1. Mai praktisch keine große Massendemonstration mehr stattgefunden habe, sei ein Indiz für den Rückschritt, zumindest den Stillstand der Außerparlamentarischen Opposition. Dies anzunehmen, hieße — meine ich — die Lage total verkennen. Ich meine vielmehr, daß — wie es an der Universität notwendig war, die Arbeit in kleinen Gruppen zu vertiefen, um zu weiterführenden Perspektiven zu kommen, auch in der Stadttagitation etwas derartiges zu geschehen hätte, und daß daher die Massendemonstrationen in ihrem politischen Stellenwert für eine gewisse Periode hinter die vertiefte Basisarbeit zurücktreten müssen.

Ich glaube, daß es nur durch diese unmittelbare Mobilisierung an der Basis, anknüpfend an die Situation und an die Bedürfnisse der Betroffenen selbst, möglich sein wird, die Massenbasis zu schaffen, die nötig sein wird, um das System selbst unmittelbar und direkt angreifen zu können. Nur diese Mobilisierung von der Peripherie zum Zentrum hin, wie Andre Gorz das nennt, wird in der Lage sein, die Entschlossenheit hervorzurufen, politische Veränderungen durch eigene praktische Arbeit durchzusetzen und so das

Potential für eine echte Änderung zu schaffen.

Leider ist nun in der gegenwärtigen Periode des Anfangs diese Basismobilisierung eine recht gefährliche Sache, die sehr leicht in den Bereich administrativer oder sonstiger repressiver Maßnahmen gerät. Die Möglichkeiten der Reaktionen oder auch der Präventivschläge sind in der gegenwärtigen Phase besonders groß, und wir haben bereits Erfahrungen mit Disziplinierungen von Referendaren und Lehrern, und Studenten durch die jeweiligen Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit individuellem Terror durch die Apparate der Justiz und der Polizei. Wenn die Anwendung derartiger Mittel nicht zur Zerschlagung der linken Bewegung führen soll, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß in einem solchen Fall, wenn einzelne Linke mit Disziplinarmaßnahmen oder durch die Justiz aus der Bewegung herausgenommen werden sollen, daß dann alle Gruppen theoretische und praktische Solidarität üben und unmißverständlich zeigen, daß derartige Terrormaßnahmen der herrschenden Apparate nicht hingenommen werden, sondern auf militanten und auf massiven Widerstand stoßen werden. Und zwar auf den Widerstand aller derer, deren politische Tätigkeit dazu übergegangen ist, sich in konkreten Gruppen konkret zu organisieren und die in dieser Praxis ebenfalls auf die solidarische Hilfe aller politisch Engagierten angewiesen sind. Ein solcher Fall war m. E. gegeben, als versucht wurde, Horst Mahler aus seiner politischen Funktion für die linke Bewegung auszuschalten und ihm zudem die Existenzgrundlage zu nehmen. Hätte man hier nichts unternommen oder hätte man sich darauf beschränkt, verbal zu protestieren, so hätte das, was bei Mahler vorgeführt wurde, bei anderen Exponenten der sozialistischen Bewegung ohne Schwierigkeiten imitiert werden können. Und daß dies eine unmittelbare Existenzbedrohung für diese linke Bewegung, die noch einigermaßen unorganisiert ist, sein mußte, das war wohl allen klar, die damals die Demonstration am Tegeler Weg mit vorbereitet haben. Es mußte hier exemplarisch demonstriert werden, daß nicht nur der Ausschluß aus der Rechtsanwaltskammer persönlicher Terror gewesen wäre, es mußte auch unmißverständlich klargemacht werden, daß jeder administrative Versuch hierzu nicht hingenommen werden würde. Insofern meine ich, daß die Aktion am Tegeler Weg das Zeichen eines Wurstendes war, der sicher schon wegen der zu erwartenden Reaktion der Polizei nicht wiederholbar ist, der also nicht den Beginn einer Periode der Polizeischlachten signalisieren soll, dessen Militanz aber in verschiedenen Formen praktizierbar ist und praktiziert werden wird, um die Engagierten in dieser Bewegung davor zu schützen, daß einzelne herausgegriffen, isoliert und individuellem Terror unterworfen zu werden. Wie sollten diese Aktion in ihrem Klassenkampfcharakter nicht überschätzen, wie verschiedentlich, auch von Seiten des Vorstandes, der Fall gewesen ist.

Wir wissen aber auch, daß diese Aktion bei der politischen Führung dieser Stadt, insbesondere bei der Polizeiführung, eine ungeheure Verunsicherung hervorgerufen hat. Man wird auf der anderen Seite auch nicht übersehen können, daß ein solcher militanter Widerstand, der zeigt, daß nicht jeder von vornherein auf den Bereich des Verbales beschränkt bleibt, mobilisierend gerade auf diejenigen wirken kann, die ihren Widerstand bereits aus Resignation vor der Allmacht des Gegners aufgegeben haben.

III.

Aber genau an diesem Punkt kommen wir jetzt zu unserem zweiten Problem, zum Problem der Bundesgenossen. Lassen Sie mich auch hier die Aktion am Tegeler Weg zum Anknüpfungspunkt nehmen, obwohl wir uns davor hüten sollten, ihr zuviel Gewicht beizumessen. Es ist nun hier interessant, daß die Reaktionen der bürgerlichen Öffentlichkeit und der offiziellen Stellen auf die Aktion am Tegeler Weg sehr viel kurzatmiger gewesen sind, als die Reaktionen innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition selbst. Hier sind viele Diskussionen geführt, ist viel Kritik geübt worden. Sie richtete sich gegen den Zeitpunkt, den Gegner, den Stellenwert dieser Aktion und bezweifelte ihre Vermittelbarkeit bei der Bevölkerung. Alle diese Argumente sind diskutiert worden, ehe daß eine oder die andere Seite ihre Thesen regelrecht beweisen konnte. Insofern kann diese Kritik sicher nicht als widerlegt gelten. Ein Punkt aber bedarf der Berichtigung, und er erscheint mir von wesentlicher politischer Bedeutung zu sein. Es ist gesagt worden, diese Aktion habe die Tendenz, die Außerparlamentarischen Opposition zu spalten und ihr die Massenbasis zu nehmen, die sie zur Umgestaltung der Gesellschaft benötige.

Schauen wir uns das Argument näher an, denn es gibt Aufschluß über die Art unserer Bundesgenossen. Einige sorgen sich um die Massenbasis der Außerparlamentarischen Opposition. Sie beziehen sich dabei nicht auf sich selbst, sie halten uns vielmehr jene Liberalen entgegen, die sich aktiv für die APO einsetzen, aber nicht bereit sind, sich an Aktionen, wie die vom Tegeler Weg es sind, selber praktisch zu beteiligen. Hierzu möchte ich ganz klar sagen, kein Mensch hat dies jemals von ihnen verlangt und kein Mensch wird ihnen daraus einen Vorwurf machen können, daß sie dies nicht tun, denn es gibt in der Tat Reihe von moralischen und taktischen Gründen, die gegen einen solchen Entschluß schwerwiegende Hemmungen aufbauen können und das Unterlassen eines solchen Entschlusses rechtfertigen können.

Nur, wie diese Gruppen von Mitgliedern der Außerparlamentarischen Opposition, die oft von einer Position im Establishment aus versuchen, die Herrschaftsverhältnisse zu ändern,

die politische Praxis militanter Gruppen auf ihren strategischen Sinn hin befragen, so werden auch sie sich auf ihre politische Praxis hin befragen lassen müssen, das heißt, auf die Form ihrer Aktionen, mit denen sie dazu beitragen, die bestehenden Verhältnisse nicht nur zu entlarven, sondern auch zu verändern. Und ich meine, wenn beide Gruppen so die strategische Perspektive ihrer politischen Praxis analysieren, werden sie feststellen, daß sie in der Tat verschiedene Rollen in einer gemeinsamen Gesamtstrategie spielen, und in ihrer eigenen Praxis geradezu aufeinander-angewiesen sind. Ich bin fest davon überzeugt, daß gerade jene Gruppen, die im Establishment arbeiten und versuchen, an verkrusteten Autoritätsstrukturen zu rütteln, zugeben werden, daß ihre Bemühungen vergeblich, ihre Aufklärung verbal bleiben müßte, wenn sie nicht von außen unterstützt würden, wenn nicht direkte Aktionen auf der Straße, die nicht den Charakter von verbalen Ritualen haben, sondern Elemente von Gegenwart und damit auch physischer Drohung gegen die herrschenden Verhältnisse enthalten, diese herrschenden Apparate so verunsicherten, daß ein kollektiver Widerstand innerhalb der Apparate nicht von vornherein aussichtslos erscheint. Gerade die Leute, die durch ihre berufliche Position im Establishment nicht korrumpiert worden sind, die viel mehr entschlossen sind, praktische politische Arbeit an Ihrem Arbeitsplatz zu leisten, halten wir für objektive Bundesgenossen, deren Tätigkeit ein wichtiges Element in der Gesamtstrategie der neuen linken Bewegung ausmacht, deren Tätigkeit andererseits aber auch nur in einer Gesamtstrategie, die mit direkter Basismobilisierung und direkten Aktionen arbeitet, nicht völlig verloren geht und in verbalen Entlarvungen leerläuft.

Es mag sein, daß einiges zu schnell und unvermittelt geschehen ist, daß jedoch eine Spaltung der Außerparlamentarischen Opposition von dieser Seite her droht, kann ich einfach nicht einsehen, denn ich würde doch noch in jedem liberalen Mitglied der APO, das sein Engagement ernst nimmt, bis zum Beweis des Gegenteils, d.h. bis zum Beweis der Korrumpierung durch seine Berufsarbeit im System, einen potentiellen Anhänger der neuen Linken Sozialistischen Bewegung und einen objektiven Bundesgenossen in der Strategie dieser neuen sozialistischen Bewegung sehen wollen. Es ist klar, daß die unterschiedlichen Positionen der Studenten, der Lehrlinge und Arbeiter in den Basisgruppen und der praktisch Oppositionellen in den Institutionen es mit sich bringen, daß bestimmte Aktionen nicht gemeinsam unternommen werden. Es muß aber ebenso klar sein, daß sie Bestandteil einer gemeinsamen Strategie sind, die alle Beteiligten diskutiert und anerkannt haben. Die Frage der Bündnispolitik mit jenen sogenannten Liberalen, die ich als potentielle Sozialisten oder auch als praktische Sozialisten bezeichnen würde und die dadurch gekennzeichnet sind, daß ihre Kritik am bestehenden System sich nicht auf ver-

bale Proteste und verbale Entlarvung beschränkt, sondern ihren praktischen Niederschlag in der Organisation von Gruppen, die praktische politische Arbeit betreiben, gefunden hat, scheint mir relativ unproblematisch zu sein.

IV.

Das Problem der Bündnispolitik stellt sich nun aber anders bei einer zweiten Gruppe von Bundesgenossen im sozialistischen Kampf gegen das herrschende System der spät-kapitalistischen Unterdrückung, nämlich bei den Bewegungen der traditionellen Arbeiterpartei, also in Westdeutschland der neugegründeten DKP und in Westberlin der SED-West. Es handelt sich hier um Organisationen, die auf den ersten Blick wie keine anderen Gruppen dazu bestimmt scheinen, den Kapitalismus zu bekämpfen, zu besiegen und an seiner Stelle eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Wenn wir uns jedoch nicht an die deklamatorischen Programme, sondern an die historischen Erfahrungen, die politische Praxis und die Erfolge dieser Organisationen halten, dann sieht das Bild ein wenig anders aus. Es zeigt sich dann nämlich, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen in den westeuropäischen Industriegesellschaften, statt Formen des Angriffs gegen den Kapitalismus zu entwickeln, sich ausnahmslos auf Positionen der Defensive und der Selbsterhaltung zurückgezogen haben, ohne daß der Sinn einer solchen Selbsterhaltung ersichtlich wäre. Denn es ist mit einer derartigen Strategie weder jemals möglich gewesen, Massen für die Änderung der Gesellschaft zu begeistern und zu mobilisieren, noch bringt eine solche Strategie irgendwelche Vorteile für die Massen selber mit sich. In Italien und Frankreich haben die Kommunisten jeweils über 20 Prozent der Parlamentssitze, und wir wissen, daß es den französischen Arbeitern mit am schlimmsten in ganz Europa geht und es sind keine Anzeichen vorhanden, daß Frankreich oder Italien in irgendeiner Hinsicht weniger kapitalistisch wären als die Bundesrepublik.

Die Bindung an das nicht für eine sozialistische Gesellschaft und auch nicht zur Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft, sondern im Gegenteil zum Zweck der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse geschaffene System der parlamentarisch - pluralistischen Demokratie schließt für die Parteien eines solchen Systems direkte politische Aktionen aus. Sie führt, wenn an ihr festgehalten wird, zu einer objektiv bremsenden Funktion in potentiell revolutionären Situationen. Hier scheinen sich die Interessen der an dem Ziel der Selbsterhaltung orientierten traditionellen Arbeiterbewegung und der neuen revolutionären sozialistischen Bewegung zu trennen: Uns kommt es nicht darauf an, bestehende Positionen zu verteidigen, denn Sozialisten haben im System des Spätkapitalismus keine in irgendeiner Weise zur Schaffung des

Sozialismus relevanten Positionen zu verteidigen. Uns kommt es vielmehr darauf an, die bestehenden Machtstrukturen offensiv zu verändern. Die Rücksicht auf schon eroberte oder noch zu erobernden Parlamentssitze oder auf die von den ökonomisch Mächtigen diktierten Spielregeln einer Scheindemokratie kann uns dabei nicht Richtschnur unserer Strategie sein, denn wir meinen, daß weder die Zahl der Parlamentssitze noch besonders musterhaftes Befolgen dieser Spielregeln politische Machtpositionen signalisieren, sondern daß allein die Masse der mobilisierten und praxisbereiten Bevölkerung solche Machtpositionen anzeigt. Wenn wir aber als Strategie der Mobilisierung durch die direkte Basisarbeit die Agitation zur Selbsttätigkeit der Betroffenen als politisch sinnvoll erkannt haben, dann können wir uns nicht mehr darauf einlassen, eine auf diese Weise geweckte Energie in den Kanälen der Parlamente leerlaufen zu lassen. Eine solche Haltung würde nichts anderes bedeuten, als die Agitation zur Selbsttätigkeit zu widerrufen. Parteifunktionäre ins Parlament zu schicken und die Ebene der Politik wieder von den Betroffenen wegzuverlagern, zu denen wir sie gerade hingelagert haben. Eine derartige Manipulation, deren disziplinierende und entpolitisierende Funktion wir nicht nur bei den Arbeiterparteien beobachten, zentralisiert eine unkontrollierte und nicht kontrollierbare Macht bei einer Parteispitze, die – da sie keine Massenbasis hinter sich hat – Politik auf die Weise derer zu machen gezwungen ist, die die reale Macht haben.

Zwar ist der gemeinsame Gegner von SED, DKP und der neuen sozialistischen Bewegung in Westdeutschland das System der Spätkapitalismus; während letztere jedoch durch direkte Mobilisierung und spontane Aktionen in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte machte, blieben ähnliche Erfolge einer traditionellen Strategie und Organisation der Arbeiterbewegung – wie ich meine nicht zufällig – in den letzten 20 Jahren versagt. Ich glaube, daß eine solche Strategie tatsächlich gegenwärtig nicht mehr in der Lage ist, in irgendeiner Weise relevante Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, und erst die Existenz und direkte Einsatzbereitschaft derartig mobilisierter Massen konnte eine Beteiligung am bürgerlichen Parlament, sozusagen als legale Liquidation dieses Parlaments, überhaupt u.U. rechtfertigen.

Wenn dies aber nicht der Fall ist und die DKP und SED trotzdem an ihrer Parlamentarismus-Strategie festhalten, mit allen Konsequenzen gegenüber jenen, die das nicht tun, dann leisten sie nicht nur keinen eigenen Beitrag zur Offensive gegen diese Gesellschaft, sondern sie bringen sich geradezu in einen strategischen Gegensatz gegen die Kräfte, die durch die direkte Entlarvung des Parlaments als Vollzugsorgan der ökonomischen Machthaber mobilisierend und organisierend wirken wollen und hierbei bereits einige beachtliche Fortschritte gemacht haben. Es sind diese Fortschritte, die

neuerdings sogar die KPI veranlasst haben, ihre gesamte parlamentarische Strategie in Frage zu stellen. Es kommt dann, wenn die traditionelle Konzeption beibehalten wird, leicht zum Bündnis mit jenen, die die herrschenden Verhältnisse reformieren, aber nicht von ihrer Struktur her ändern wollen und mit Rücksicht auf ein solches Bündnis kann es dann geschehen, daß direkte außerparlamentarische Aktionen, mit deren Inhalt sich alle Kommunisten identifizieren müssen, aus taktischen Rücksichten auf den bürgerlichen Bündnispartner öffentlich verurteilt, als Abenteuerium und Putschismus diffamiert oder wie es in Lyon der Fall gewesen ist, Beteiligte an solchen Aktionen von Mitgliedern der KPF der Polizei ausgeliefert werden. Dies ist in der Tat eine monströse und wohl auch einmalige Ungeheuerlichkeit in der Geschichte der KPF; die Tendenz zu disziplinierenden Maßnahmen gegen alle diejenigen, die sich nicht den strategischen Konzepten der tendenziell konservierenden kommunistischen Parteien unterwerfen, sondern revolutionäre Strategien entwickeln wollen, ist jedoch unverkennbar.

Sie ist es nicht nur in Westeuropa, sondern auch in den sozialistischen Volksrepubliken Osteuropas, wie die Studentenprozesse in Polen gezeigt haben. Und die Unfähigkeit oder mangelnde Bereitschaft neue Entwicklungen, die nicht von der Partei ausgehen, zu akzeptieren und innerhalb des Sozialismus aufzugreifen ist auf eindringliche Weise durch die Ereignisse des 21. August in der CSSR belegt worden. Die fünf Staaten des Warschauer Paktes haben hier in einen Prozeß eingegriffen, der sicher für traditionelle Sozialisten neuartig und befremdlich war — wie ja wohl jede Weiterentwicklung des Sozialismus neuartig gewesen wäre — der in mancher Hinsicht sogar unsozialistische Züge trug, von dem aber bis auf den heutigen Tag in keiner Weise auch nur annähernd bewiesen wäre, daß es sich gegen den Sozialismus in der CSSR, oder in der Sowjetunion oder sonst wo in der Welt richten würde und dessen Möglichkeit, das bereits erreichte Stadium sozialistischer Entwicklung im osteuropäischen Raum weiterzuentwickeln, niemals widerlegt worden ist. Es verursacht uns einige Skepsis, wenn wir sehen, daß die Sowjetunion einen Prozeß, von dem sie behauptet, er sei konterrevolutionär, nicht anders als durch militärische Gewalt ohne Andeutung einer alternativen Weiterentwicklung sozialistischer Errungenschaften abbricht, daß sie auf die Kritik der KPI an dieser Handlungsweise mit dem Entzug finanzieller Unterstützung, also mit ökonomischer Gewalt reagierte und daß die SED-West-Berlin diese Gewalt der Sowjetunion gegen die CSSR bedingungslos gutheißt. Es ist dieselbe SED, die auf der anderen Seite eine in ihren Dimensionen im Vergleich dazu lächerliche, aber immerhin offensive, gegen die Repressionen des Kapitalismus und nicht gegen möglicherweise fehlgeleitete Sozialisten gerichtete Aktion nicht vorbehaltlos unterstützt, sondern als „Diskreditierung der demokratischen und sozialistischen

Bewegung“ bezeichnet. Hier scheint mir wieder jener verhängnisvolle politische Kalkül durchzuscheinen, der aus Rücksicht auf parlamentarische Umgangsformen oder gar auf eventuelle parlamentarische Bündnispartner auf die eigentliche politische Bewegung an der Basis bremsend wirkt, anstatt sie aktiv vorwärtszutreiben.